

---

**6067/AB XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 09.09.2010**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Finanzen

## **Anfragebeantwortung**

Frau Präsidentin  
des Nationalrates  
Mag. Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 9. September 2010

GZ: BMF-310205/0180-I/4/2010

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 6139/J vom 9. Juli 2010 der Abgeordneten Mag. Heidemarie Unterreiner, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 3.:

Es werden keine Vereine, die sich mit Frauenangelegenheiten beschäftigen, durch das Bundesministerium für Finanzen gefördert.

Zu 4.:

Nein.

Zu 5. und 6.:

Als Nebenbeschäftigungen definiert § 56 Abs. 1 BDG 1979 *„jede Beschäftigung, die der Beamte außerhalb seines Dienstverhältnisses (...) ausübt“*. Gemäß § 56 Abs. 3 leg.cit. (allenfalls in Verbindung mit § 5 Abs. 1 VBG) haben Bundesbedienstete erwerbsmäßige Nebenbeschäftigungen ihrer Dienstbehörde/Personalstelle zu melden.

Die bloße Mitgliedschaft in einem Verein stellt keine Ausübung einer (erwerbsmäßigen) Nebenbeschäftigung und daher auch keine meldepflichtige Tatsache dar.

Mit freundlichen Grüßen